

Deutschland-Kirchheimbolanden: Dienstleistungen von Architekturbüros
OJ S 201/2023 18/10/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeindeverwaltung Kirchheimbolanden
Postanschrift: Neue Allee 2
Ort: Kirchheimbolanden
NUTS-Code: DEB3D Donnersbergkreis
Postleitzahl: 67292
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Vergabestelle Kirchheimbolanden
E-Mail: michael.schreiber@kirchheimbolanden.de
Telefon: +49 6352/4004-408
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.kirchheimbolanden.de

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E79628336>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E79628336>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Generalsanierung der Turnhalle der Grundschule Kirchheimbolanden

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Objektplanung Gebäude Generalsanierung der Turnhalle der Grundschule Kirchheimbolanden

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB3D Donnersbergkreis

Hauptort der Ausführung: Adresse: Grundschulturnhalle Linsenpfad 4, 672922

Kirchheimbolanden Flurstück: 896/14

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Sanierung der Grundschulturnhalle Kirchheimbolanden unter Berücksichtigung energetischer und umweltbezogener Aspekte. Hauptschwerpunkt der Sanierung liegt auf dem vorhandenen Satteldach, dieses soll idealerweise innerhalb des laufenden Betriebes abgetragen werden, um größere Schließzeiten der Halle zu vermeiden.

Im Anschluss soll die Wiederherstellung des ursprünglichen Flachdaches auf Grundlage der vorhandenen Konstruktion erfolgen. Die Hallensanierung umfasst darüber hinaus grundlegende Generalüberholung und energetische Aufrüstung der Außenwandbauteile und der Innenausbauten. Die Arbeiten an den haustechnischen Anlagen werden hierbei aktuell unter 10 Prozent des Gesamtvolumens geschätzt. Eine Studie zum ermittelten Sanierungsumfang liegt der Verbandsgemeinde vor und ist Teil der vorliegenden Vergabeunterlage.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Liegen keine Ausschlussgründe vor, wird der Teilnehmer anhand der finanziellen /wirtschaftlichen sowie der technischen/beruflichen Leistungsfähigkeit geprüft; siehe hierzu Abschnitt III: Angaben und Nachweise für die 1. Verfahrensstufe -Teilnahmewettbewerb . Die Punktevergabe sowie Berechnungsmatrix sind der Anlage „Beurteilungsbogen Auswahl-/Eignungskriterien“ zu entnehmen.

Übersicht der formalen und inhaltlichen Überprüfung:

1. Prüfung, ob Abgabefrist eingehalten wurde
2. Prüfung, ob Teilnahmeantrag und entsprechende Anlagen vollständig
3. bei Bewerbungsgemeinschaften: Erklärung zur Bewerbungsgemeinschaft gemäß Punkt III.2.1) c)

4. Angaben zu Unterauftragnehmern gem. § 36 VgV, Verpflichtungserklärung der Unterauftragnehmer
 5. Angaben zur Inanspruchnahme Kapazitäten anderer Unternehmer (Eignungsleihe) gem. § 47 Abs. 1 VgV, bei Eignungsleihe Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmer
 6. Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Eine Mehrfachbewerbung ist auch eine Bewerbung unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Mehrfachbewerbungen von Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros haben das Ausscheiden aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zur Folge.
 7. Bestätigung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründe nach § 48 VgV gemäß Punkt III.2.1) a)
 8. Bescheinigung über das Vorliegen einer Bauvorlageberechtigung für gleichwertige Projekte in Rheinland-Pfalz, da es sich um ein genehmigungspflichtiges Bauvorhaben handelt.
 9. Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt gemäß Punkt III.2.2) a)
 10. Berufshaftpflichtversicherung gemäß Punkt III.2.2) b)
 11. Mindestumsatz Gesamt gemäß Punkt III.2.2) c)
 12. Umsatz im Bereich vergleichbarer Leistungen gemäß Punkt III.2.2) d)
 13. Erklärung zur Verfügbarkeit (Planungs- und Bauleitungskapazität) gemäß Punkt III.2.3) a)
 14. Auskunft über die Bürostruktur, Nachweis Mindestanzahl Arch./Ingenieure/Techniker) gemäß Punkt III.2.3) b)
 15. Auskunft über Ausstattung, techn. Geräte, Ausrüstung (CAD) gemäß Punkt III.2.3) c)
 16. Auskunft über Referenzen (Formblatt Referenzliste) gemäß Punkt III.2.3) d)
 17. Auskunft über Referenzen öffentlicher Auftraggeber (Formblatt Referenzliste) gemäß Punkt III.2.3) e)
- d) Die Bewerber, die die Mindestpunktzahl erreicht haben, werden gemäß Ihrer erreichten Punktzahl in eine Rangfolge gesetzt. Die Bewerber mit den höchsten Punktsommen werden zur 2. Verfahrensstufe eingeladen. Die Zahl der Teilnehmer, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, bzw. in die 2. Verfahrensstufe eingeladen werden, ist jedoch begrenzt: Geplante Mindestzahl: 3 - Höchstzahl: 5
- e) Die Bewerber werden über das Ergebnis der Prüfung informiert, die nicht ausgewählten Bewerber können gemäß § 62 Abs. 2 VgV einen Antrag auf Information über die Gründe für die Ablehnung ihres Teilnahmeantrags stellen. Diese werden gemäß § 62 Abs. 2 VgV spätestens innerhalb 15 Tagen nach Eingang des Antrags schriftlich beantwortet.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Geforderte Nachweise:

- a) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 48 VgV (siehe auch §§ 123, 124 u. ggf. 125 GWB - Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen), ehemals Erklärung gem. § 11 VOF - Ausschlussgründe.
- b) Bescheinigung über das Vorliegen einer Bauvorlageberechtigung für gleichwertige Projekte in Rheinland-Pfalz, da es sich um ein genehmigungspflichtiges Bauvorhaben handelt.
- c) nur wenn zutreffend:
 - Erklärung von Bewerbergemeinschaften zur Bildung einer Bewerbergemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft).
 - Erklärung von Bewerbergemeinschaften zur gesamtschuldnerischen Haftung.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Geforderte Nachweise:

- a) Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes
- b) Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit Nennung der jeweiligen Deckungssummen für Personenschäden und sonstige Schäden einschließlich Vermögensschäden (je Schadensfall doppelte Deckungssumme).
- c) Erklärung über den durchschnittlichen Gesamtumsatz des Bewerbers in dem Tätigkeitsbereich in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Zur Ermittlung des Durchschnitts sind die Umsätze (Nettoleistungen ohne Umsatzsteuer) nur für den Tätigkeitsbereich „A“ - Objektplanung“ der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre einzeln pro Jahr anzugeben.

Mit Nachweis des Mindestumsatz erhält der Bewerber 5 Punkte, ansonsten 0 Punkte.

geforderter Mindestumsatz/Jahr: 300.000€

- d) Erklärung über den durchschnittlichen Umsatz des Bewerbers in dem Tätigkeitsbereich Sanierung von Bestandsgebäuden in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren. Zur Ermittlung des Durchschnitts sind die Umsätze (Nettoleistungen ohne Umsatzsteuer) nur für den Tätigkeitsbereich „A“ - Objektplanung“ Sanierung von Bestandsgebäuden der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre einzeln pro Jahr anzugeben.

5 Punkte: ab 500.000 € Umsatz/Jahr

3 Punkte: ab 300.000 € Umsatz/Jahr

1 Punkt: ab 100.000 € Umsatz/Jahr

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Geforderte Nachweise:

- a) Erklärung zur Verfügbarkeit des Bewerbers während der verschiedenen Leistungsphasen unter Angabe von Planungs- und Bauleitungskapazitäten.
- b)
- c) b) Auskunft über die Bürostruktur (Organigramm) und eine Erklärung, aus der die durchschnittliche Zahl seiner betriebszugehörigen Architekten/Ingenieure/Techniker in den letzten 3 Jahren ersichtlich ist (keine Studenten oder Hilfskräfte), dies mit Nennung der jeweiligen Betriebszugehörigkeitsdauer.
- d) nachzuweisende Mindestanzahl der betriebszugehörigen Architekten/Ingenieure: 2
- e) c) Erklärung aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, welche Geräte und welche technische Ausrüstung das Büro (Unternehmen) für die Ausführung des Auftrages verfügt, dies inclusive Angaben über das verwendete CAD-Programm, 3D- Darstellungsmöglichkeiten und - Erfahrung. Hinweis:

- f) Als Mindestanforderung werden die Planungen in einem CAD-Programm in 2D-Qualität gefordert. Der Nachweis hierzu wird mit voller Punktzahl bewertet.
- g) d) Referenzobjekte:
- h) Referenzen über vergleichbare Leistungen von Sanierungsmaßnahmen im Schul- oder Sportstättenbau und/oder vergleichbarer Leistungen in den max. 10 zurückliegenden Jahren.
- i) Um einen ausreichenden Wettbewerb zu ermöglichen, wird die Zeitspanne von max. 3 Jahren nach VGV §46 (3), Pkt. 1 auf zehn Jahre erweitert. Weiterhin ist es möglich auch Projekte anzugeben, bei denen die LPH 8-9 noch nicht vollständig abgeschlossen sind.
- j) Referenzliste mit mind. 2 Bauvorhaben auf Formblatt „Referenzliste“; bei Erläuterungen zum Projekt sind Projektpartner zu benennen. Wurden Leistungen nicht im eigenen Unternehmen erbracht, sind der Entwurfsverfasser, sowie der Anteil der eigenen Leistung anzugeben. Folgende Angaben sind vollständig zu jedem Projekt aufzuführen:
- k) - Auftraggeber (Name, Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer, Emailadresse)
- l) - kurze Erläuterung zum Projekt / Bezeichnung des Projektes
- m) - Planungszeitraum sowie Bauzeit
- n) - Honorarzone
- o) - beauftragte Leistungsphasen nach HOAI, ggf. tatsächlich ausgeführte Leistungsphasen
- p) - Angabe HNF, BGF und BRI
- q) - Baukostensummen brutto – einzeln nach den jeweiligen Kostengruppen DIN 276 aufgeteilt:
- r) Objektplanungsleistung: KG 300-600
- s) Darstellung / Präsentation von maximal 3 Referenzprojekten aus vor genannter Referenzliste,
- t) insgesamt max. 6 Seiten DIN A4 / DIN A3 mit Grundriss und Foto. Referenzschreiben können als sonstige Anlagen gesondert beizufügen.
- u) Die Referenzen werden in einer Gesamtschau beurteilt und bewertet. Dies bedeutet, dass alle eingereichten Referenzen in einer wertenden Gesamtschau bewertet werden, d. h. es wird nicht jede Referenz einzeln bewertet, sondern es wird verglichen, inwieweit der Bewerber anhand aller seiner vorgelegten Referenzprojekte insgesamt erwarten lässt, die hier ausgeschriebene Aufgabe zu erfüllen. Dabei findet auch eine Wertung im Vergleich zu den von den Mitbewerbern eingereichten Referenzen statt. Vergeben werden 0 bis 5 Punkte (0, 1, 2, 3, 4 oder 5 Punkte).
- v) e) Referenzobjekte allgemeiner oder vergleichbarer Bauvorhaben für öffentliche Auftraggeber
- w) Die Referenzen sind analog der unter d) genannten Angaben zu belegen, d.h. es ist eine separate Referenzliste für den Unterpunkt e) anzulegen.
- x) Referenzobjekte können in beiden Referenzlisten der Unterpunkte d) und/oder e) genannt werden, es erfolgt jeweils eine Wertung für die Unterpunkte d) und e).

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 16/11/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 06/12/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 15/12/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

VI.3. Zusätzliche Angaben

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

Telefon: +49 6131162234

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Von Bieter erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der vergebenden Stelle gemäß den Fristen des § 160 Abs. 3 GWB elektronisch in Textform über die Vergabepattform zu rügen. Erklärt die vergebende Stelle, dass sie einer Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen bei der unten genannten Stelle einen Nachprüfungsantrag zu stellen.

VI.4.4.

Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

Telefon: +49 6131162234

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

13/10/2023